

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Einzelnummer 10 Pf. Die Postämter und Postfachstellen, nehmen zu. Im Falle höherer Verteilungskosten behält sich die Redaktion das Recht vor, den Preis zu erhöhen. Abbestellungen sind jederzeit möglich. Die Redaktion ist für die Abgabe der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises, Abänderung eingeleiteter Bestellungen, nicht verantwortlich.

Verlagspreis: die halbjährliche Ausgabe 20 RM., die vierteljährliche Ausgabe 10 RM., die monatliche Ausgabe 2 RM. Die halbjährliche Ausgabe im Voraus 18 RM. Die vierteljährliche Ausgabe im Voraus 9 RM., die monatliche Ausgabe im Voraus 2 RM. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Abgabe der Zeitung erfolgt durch den Postboten.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 255 — 92. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Mittwoch, den 1. November 1933

## Das Programm des Friedens.

Eine dicke, unübersteigbar erscheinende Mauer des Mißtrauens umgibt Deutschland, eine Welle von Abwehr und Nicht-Verstehen schlägt uns fast überall von draußen her entgegen, und nur einige Länder zeigen ein Verständnis für das, was das neue Deutschland und seine Regierung sagt und will. Dabei ist doch in deutschen Worten und immer wieder vor allem durch den Reichskanzler selbst gesagt worden, wurde auch in dem Augenblick, da die Regierung das deutsche Volk zur Entscheidung aufrief, unsere Forderung kurz und knapp dahin ausgedrückt, daß wir nur jenes Maß von Sicherheit verlangen, das uns „die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert“.

Von keinem Staatsmann der Welt ist so unbedingt die Gewalt, der Krieg, als ein gänzlich untaugliches Mittel, bestehende Gegensätze zu beseitigen, immer und immer wieder abgelehnt worden, wie von dem Führer des deutschen Volkes. Von keinem Staatsmann der Welt ist genau so unbedingt wie von ihm, und zwar namens des ganzen deutschen Volkes die Bereitwilligkeit erklärt worden, nur auf dem Wege der Verhandlungen alle diese Fragen zu lösen. Soll man an die große Friedensrede des Kanzlers am 17. Mai erinnern oder an die gleichen Ausführungen in der Regierungserklärung vom 23. März im Reichstag vor der überfüllten Diplomatensloge! Ob am Tannenbergsdenkmal oder vor der „Germania“ auf dem Niederwalde, ob in seinen wiederholten Interviews mit den Vertretern ausländischer Regierungen oder auf den Massenversammlungen jetzt im Wahlkampf unter stürmischer Zustimmung der Hunderttausende — immer wieder erklärte Hitler: Wir wollen die Sicherheit, um damit die Ruhe und Freiheit zu friedlicher Arbeit zu bestreiten!

Diese unbedingte Ablehnung jedes Krieges als eines völlig untauglichen Mittels, bestehende Gegensätze zu lösen, geht ja noch hinaus über das — Staat des Völkerbundes selbst, das den Krieg und die Blockade in gewissen Fällen nicht bloß billigt, sondern geradezu zur Pflicht machen will. Auch der Kellogg-Pakt verbietet nur den regelrechten Krieg als Mittel der nationalen Politik, — mit wie wenig Erfolg, hat man besonders im Fernen Osten erlebt! Und nicht nur dort! Und um dem Mißtrauen der Welt wirksamer noch entgegenzutreten, hat Hitler wiederholt die deutsche Bereitwilligkeit erklärt, mit den europäischen Staaten Nichtangriffspakte auf lange Dauer abzuschließen, also Fall für Fall durch besondere Verträge feierlich jeder Nation die Sicherheit vor einem deutschen Angriff zu garantieren, wie es Frankreich und Belgien gegenüber schon durch den Vertrag von Locarno geschehen ist.

Und mit besonders eindringlichen Worten hat schon seit Monaten und immer wieder der Führer des deutschen Volkes den Franzosen und den Polen die Hand des Friedens und der Verständigung hingestreckt. Nach Rückkehr des Saargebietes gebe es für Deutschland keine territorialen Konflikte mit Frankreich mehr und „alle Deutschen seien von dem aufrichtigen Wunsch erfüllt, eine Freundschaft anzuschließen, die in ihren Opfern in seinem Verhältnis zu einem irgend möglichen Gewinn stehe.“ Und nach Osten hinüber: „Niemand von uns denkt daran, mit Polen wegen des Korridor-Krieges zu beginnen; wir möchten aber alle hoffen, daß die beiden Nationen die sie betreffenden Fragen bereinstimmend und beiderseitig besprechen und behandeln werden.“ Und das gleiche hat der Kanzler auch über die ehemals deutschen Kolonien gesagt, „deren Raub wir als ein Unrecht empfinden“; aber auch diese Frage werde nach unserer Überzeugung auf dem Wege der Verhandlungen lösbar sein!

Zu diesem Programm des Friedens gehört aber auch die so kost und so drastisch für die Abrüstungskonferenz ausgesprochene Erklärung, daß Deutschland „sein letztes Maschinengewehr zerstören und den letzten Mann aus dem Heer entlassen“ wolle, wenn sich die anderen Völker zu demselben Entschluß durchbringen würden. Aber als ein Volk minderen Rechts werden wir uns nicht länger behandeln lassen, — das ist unsere Gegenforderung für das deutsche Programm des Friedens. Wir beanspruchen dieselbe Sicherheit und Freiheit, deren sich diese anderen Völker erfreuen dürfen, die Freiheit, uns in friedlicher Arbeit dem Wiederaufbau dessen hinzugeben, was der Krieg und die Nachkriegsjahre in Deutschland äußerlich und innerlich zerstört haben.

Durch die Erfüllung dieses Programms des Friedens soll Deutschland wieder ein starker Staat werden, — und das kann nicht eine „Bedrohung“ der anderen bedeuten; denn der Zustand wie er heute besteht, ist eine kaum noch ertragbare Bedrohung des Friedens, weil uns nicht bloß die „völkerrechtliche Gleichberechtigung vorenthalten wird, sondern in weit schlimmerem Maße auch die moralische Gleichberechtigung unter den Völkern. Und wenn diese Welt das deutsche Programm des Friedens noch nicht annehmen will, das ihr Adolf Hitler hinhält, so wird am 12. November das ganze deutsche Volk erklären: „Dieses Programm

## Wirtschaftswerbung im neuen Staat.

Im Reichspropagandaministerium fand die feierliche Eröffnungssitzung des Werberates der deutschen Wirtschaft statt, der durch das Gesetz über Wirtschaftswerbung vom 12. September d. J. geschaffen wurde. Staatssekretär Funk eröffnete die Sitzung.

Darauf wies Reichsminister Dr. Goebbels auf den Zweck und die Aufgabe des Werberates hin als eines Erziehungsinstrumentes, durch das das deutsche Volk von der Richtigkeit und den Zielen deutscher Wirtschaftspolitik überzeugt werden soll. „Der Werberat ist aber auch“, so führte Dr. Goebbels aus, „ein eminent praktisches Instrument, das werden soll

für deutsche Ware, deutsche Arbeit und deutsche Leistungen,

um so mitzuhelfen, dem ganzen deutschen Volk wieder Arbeit und Brot zu geben. Dem deutschen Bauern, dem deutschen Handwerker und Gewerbetreibenden, dem deutschen Handel und der deutschen Industrie sind auf dem deutschen Binnenmarkt noch gewaltige Aufgaben vorbehalten, die von ihnen gelöst werden müssen. Bei der Lösung dieser Aufgaben soll der Werberat der deutschen Wirtschaft Begleiter und Helfer sein. Seine dringliche Werbeaufgabe ist auch die Förderung des Absatzes deutscher Waren und deutscher Leistungen im Auslande.

Deutschland beschreitet hiermit einen Weg, den die meisten anderen Staaten längst zurückgegangen sind.

Die nationalsozialistische Regierung hat sich die Aufgabe gestellt, dem deutschen Volke wieder Ehre und Brot zu geben. Die Errichtung des Werberates der deutschen Wirtschaft ist ein weiterer Meilenstein auf diesem Wege.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt begrüßte für das Reichswirtschaftsministerium die Errichtung des Werberates. „Werbung“, so führte er u. a. aus, „hat nicht die Aufgabe, den Konkurrenten zu vernichten. Das war der Standpunkt des vergangenen Individualismus. Die Grundlage einer nationalwirtschaftlich richtig eingestellten Werbung ist die Erkenntnis, daß das harmonische Miteinander der Konkurrenten die beste Grundlage auch des eigenen Erfolges ist.“

Anschließend an die Rede des Reichswirtschaftsministers nahm der Präsident des Werberates, Ministerialdirektor Neßler, das Wort, um die besonderen Aufgaben und das eigentliche Arbeitsgebiet des Werberates zu umreißen.

Staatssekretär Funk erklärte in seinem Schlusswort, daß der Führer die Arbeit des Werberates mit lebhaftem Interesse verfolgte. Er habe ihm aufgetragen, dem neuen Werberat seine besten Grüße und Wünsche zu übermitteln. Der Staatssekretär schloß mit einem dreifachen Sieg-Heil auf den Führer und das in seinem Sinne geeinte deutsche Volk.

## Keine Einmischung in Wirtschaftsbetriebe!

Ein Erlass des preussischen Innenministers.

Der preussische Minister des Innern hat einen Erlass an die Ober- und Regierungspräsidenten herausgegeben, in dem es heißt:

## „Volksgemeinschaft und Führung.“

Ministerpräsident Göring spricht für Adolf Hitler in Würzburg.

Der Führer hatte seine am Montagabend für Würzburg angekündigte Wahlrede abgeben müssen und den Ministerpräsidenten Göring gebeten, für ihn zu sprechen. Göring kam wegen des starken Nebels im Speßart mit seinem Flugzeug erst mit einer Stunde Verspätung in Würzburg an. Die Bevölkerung, die sich sehr freute, einen der besten Kämpfer des Führers in ihren Mauern zu haben, bereitete dem Ministerpräsidenten auf den Straßen, die voll von Menschen waren, lebhafteste Ovationen. In der Frankenhalle sprach der Ministerpräsident über „Volksgemeinschaft und Führung“. Er betonte dabei, daß, da der Führer nicht habe erscheinen können, er, Göring, heute vom Führer erzählen wolle. Die Rede wurde mehrfach von dem frenetischen Beifall der erschienenen Massen unterbrochen. Als der Ministerpräsident sich zu seinem Hotel begab, bereiteten ihm die Menschenmassen erneut stürmische Kundgebungen, die sich erst legten, als sich Göring mehrmals am Fenster gezeigt hatte. Zahlreiche Blumenkränze und von den Weingärtern eine Flasche auserlesenen Weines wurden dem Ministerpräsidenten überreicht.

— es ist auch das unfrige, das von 65 Millionen deutscher Menschen!

Der Reichsarbeitsminister und der Reichswirtschaftsminister weisen in einem Rundschreiben vom 21. Oktober 1933 darauf hin, daß noch immer Fälle gemeldet würden, in denen unberufene Kreise in Verhältnisse der einzelnen Betriebe eingreifen, indem sie auf die Zusammenfassung der Belegschaft und auf die Entlassung von sogenannten Doppelverdienern usw. Einfluß zu gewinnen suchten. Von Regierungsseite ist mehrfach betont worden, daß derartige Eingriffe in die Wirtschaft nicht mehr länger geduldet werden können. Ich erwarte daher von den nachgeordneten Behörden, daß sie mit Nachdruck und Tatkraft diesen Mißständen entgegenzutreten und die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des geschäftlichen Zustandes treffen. Kein Betriebsführer ist verpflichtet, Vorkladungen und Anordnungen in Stellenfolge zu leisten, die nicht durch Gesetz oder durch die Regierung dazu berufen sind. Kreise, die unzulässige Zumutungen unter Anwendung von Druckmitteln stellen, haben zu gewärtigen, wegen Annäherung von Amtsbefugnissen oder Störung des Wirtschaftsfriedens zur Rechenschaft gezogen zu werden.

## 12,2 Millionen zur Arbeitsbeschaffung.

Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, hat der Kreditausschuß der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt erneut Darlehen im Betrage von rund 12,2 Millionen Mark im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung bewilligt. U. a. wurde der Rhein-Main-Donau-Kanal ein Betrag von 2 Mill. Mark für Baggarbeiten an den Mainstufen, Tiefbauarbeiten an Schleusen und Wehren und für die Behebung von Staustufen der Main-Kanalisation zwischen Aschaffenburg und Würzburg zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe eines Darlehens von 400 000 Mark wird ferner von der Stadt Amberg (Oberpfalz) ein großes Arbeitsvorhaben zur Regulierung der Wilt durchgeführt. Ein der Stadt Heidelberg bewilligtes Darlehen dient der Erstellung einer Bewässerungsanlage zur Erhöhung des Ertragsvermögens der gärtnerischen Kulturen in der Gemarkung Handshühshelm. Größere Beträge entfielen weiter auf den Freistaat Sachsen, Thüringen und Mecklenburg.

## Staatssekretär Hierl an den Arbeitsdienst.

Staatssekretär Hierl hat in seiner Eigenschaft als Führer des Reichsverbandes deutscher Arbeitsdienstvereine einen Aufruf an den Arbeitsdienst gerichtet, in dem es heißt: „Bringt das felsenfeste Vertrauen und die unerschütterliche Treue, die jedem rechten Arbeitsdienstler mit dem Führer verbindet, bei der Wahl am 12. November zum Ausdruck! Seht in jeder Weise mit, daß die Wahl eine überwältigende Kundgebung des Vertrauens zu unserem Führer wird! Das Ausland soll erkennen, daß das deutsche Volk wie ein Mann zum Führer steht, entschlossen, ihm auf allen Wegen zu folgen. Es geht um eure und des ganzen Volkes Zukunft!“

## Reichsbauernführer Darré vor 6000 Bauern.

Auf der Winkl im Lande Hadeln (Hannover) eröffnete Reichsbauernführer und Reichsernährungsminister Darré den Wahlkampf in einer gewaltigen Bauernversammlung. Annähernd 6000 Bauern aus Nordhannover hatten sich eingefunden. Reichsbauernführer Darré wurde beim Erscheinen stürmisch begrüßt und erklärte u. a.: „Trotz guter Ernteergebnisse habe das Bauernvolk Not gelitten, und Millionen von Volksgenossen hätten hungern müssen. Der Grund sei das falsche wirtschaftspolitische Denken gewesen, das im Judentum seinen Ausgangspunkt hatte. Nicht die Frage der Rentabilität des Bauerntums sei akut, sondern die Erkenntnis, daß das Bauernvolk im Interesse des ganzen Volkes erhalten werden müsse, koste es, was es wolle. (Stürmischer Beifall.) Es sei notwendig gewesen, den deutschen Landstand aus der Abhängigkeit von der Börse zu lösen und ein Recht zu schaffen, das den Landstand aus dem jüdischen Spiel der Börse herausnahm. Die Friedenssehnsucht des deutschen Landstandes sei durchaus ehrlich. Das deutsche Bauernvolk sehe in Adolf Hitler den Garanten dafür, daß die Kräfte der internationalen Ideen nicht wieder zur Herrschaft kämen und das erreichten, was sie erreichen wollten, nämlich den Untergang des deutschen Bauerntums.“ Die Kundgebung schloß mit einem Kreuzgebets für den Führer.